

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Büsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Rüssen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niederwitten, Ruchsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

Nr. 81.

Verlagspreis: 7 Pf.

56. Jahrgang.
Sonntag, den 8. April

Telegramm-Adresse: 1906.
Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Durchschnittlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße 197, alle Reichlichen Postämtern, Postboten, sowie die Ausräger entgegen. Inserate werden die fünfzehntägige Grundgebühr mit 10, für auswärtsige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vorabends 10 Uhr.

Stadtparisse Lichtenstein.

Einlegerguthaben 6 660 000 Mark, Reservefonds 450 000 Mark.
Geschäftszeit 8-12 und 2-5 Uhr täglich.
Einlegerzinsfuß $3\frac{1}{2}\%$

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Sparkasse Hohndorf

unter Garantie der Gemeinde.

Geschäftszeit 8-12 und 2-6 Uhr täglich.
Einlegerzinsfuß $3\frac{1}{2}\%$ Prozent.

Einlagen in den ersten 3 Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst.
Die Einlagen werden streng geheim gehalten.

Das Wichtigste.

* Die beiden Kammern des sächsischen Landtags hielten Freitag ihre Schlusssitzungen ab. Sonnabend fand der feierliche Schlussakt statt.

* Reichskanzler Fürst Bülow befindet sich nach gut verbrachter Nacht frisch und bei vollem Bewußtsein. Die ihn behandelnden Aerzte sind mit seinem Zustand durchaus zufrieden.

* Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Raetike hat sich nach Rom zu Teilnahme an dem Weltpostkongress begeben.

* Der Streik der Bergarbeiter in Frankreich ist allgemein geworden.

* Der Führer der Moskauer Bankräuber, die kürzlich 870 000 Rubel erbeuteten, ist in Zürich festgenommen worden.

Ein Fazit.

Heute (Sonnabend) nachmittags um 1 Uhr wurde vom König der gegenwärtige Landtag, der erste seiner Regierung, im Thronsaal des königlichen Schlosses feierlich geschlossen. Nun ist es an der Zeit, die Bilanz der gesetzgeberischen Arbeit und der politischen Entwicklung im Königreich Sachsen für zwei Jahre zu ziehen. Da ergibt sich manches Erfreuliche und wiederum auch manches, das uns weniger gefällt. Den größten Teil der Sitzungen des Landtages hat naturgemäß die Beratung des Staatshaushalts eingebracht. Daneben wurde noch eine Reihe von Gesetzen und Novellen verabschiedet. Freilich drängte sich gegen den ziemlich zeitigen Schluss der Tagung die Menge des Beratungsstoffes derart zusammen, daß dadurch die Gründlichkeit der Beratungen, die sonst beide Kammern unseres Landtages auszeichnet, beeinträchtigt werden mußte. Die Zahl der Petitionen und Beschwerden, die es zu erledigen galt, war eine schier endlose.

Die Gesetze, die in der abgelaufenen Session die Zustimmung des Landtages fanden, betrafen folgende Gegenstände: die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen der Behörden und von Gebühren, den Ersatz für Umzugskosten für Staatsbeamte, die Sicherung eines Ruhegehaltes für auf Zeit gewählte Ratsmitglieder in den Städten und Landgemeinden, die Aufhebung des vielumstrittenen § 19 des Ergänzungsteuergesetzes, die Unterhaltung und Abtötung von Zuchtställen, eine Aenderung des Schlachtviehvericherungsgesetzes, eine staatliche Beihilfe für den Bau von Zäunen, die Feuerbestattung, eine Aenderung der Gefangenordnung, wodurch die Vorschriften über die Pflege erkrankter Diensthofen mit den entsprechenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Gewerbeordnung in Einklang gebracht werden, die Ausführung des Reichsreblausgesetzes, endlich Aenderungen der Gesetze über das Staatsschuldbuch und die Aufnahme einer dreiprozentigen Rentenleihe.

Das Ergebnis der Landtagsberatung ist also nicht gering; größer aber ist das negative, das Gewicht der noch unerfüllten Wünsche des Landes. Hierher gehören in erster Reihe die großen Fragen der Verfassungsreform, der Erweiterung der

Ersten Kammer und der Aenderung des Wahlrechts zur Zweiten. In letzter Stunde ist, wie unsere Leser wissen, die Vorlage über die Einsetzung von Vertretern der Technischen Hochschule, einiger großer Städte und wichtiger Berufsgruppen in die Erste Kammer an dem Widerstand der linken Seite der Zweiten Kammer gescheitert. Ebenso ergebnislos waren leider die Bemühungen um Herbeiführung eines zeitgemäßen Landtagswahlrechts. In beiden Fragen ist bisher nichts weiter erreicht worden, als ein Einverständnis zwischen der Staatsregierung und den Kammern des Landtages darüber, daß ihre baldige Lösung im Interesse des Staatswohlles dringend geboten ist. Ueber das Wie gehen die Meinungen noch weit auseinander. Hoffen wir, daß sich diese Fragen jetzt klären und es dem nächsten Landtage gelingen möchte, das Werk der Verfassungsreform zu einem guten Ende zu führen.

Bestenfalls wird außerdem bei seinem Zusammentritt noch zwei andere wichtige Aufgaben vorfinden, die jetzt nicht erledigt werden konnten: die Schaffung eines Wassergesetzes und eines Gemeindesteuergesetzes. An ersterem arbeitet jetzt eine Zwischendeputation, die es bis zur nächsten Tagung beraten soll; letzterenanntes Gesetz konnte bisher nicht vorgelegt werden, es ist von der Regierung für den kommenden Landtag in sichere Aussicht gestellt. Die Landtagsbilanz ergibt also ein Fortschreiten der Gesetzgebung, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, aber auch einen gewichtigen Posten ungeklärter Fragen, sodas die Fröchte unserer Kammern, trotz angestrengter Tätigkeit, noch so manchen Wunsch offen lassen.

Deutsches Reich.

Dresden. Die Königin-Witwe ist von Lugano nach Dresden zurückgekehrt.

Berlin. Das Befinden des Fürsten v. Bülow hat sich erfreulicherweise auch weiterhin günstig gestaltet. Die Aerzte sind der Meinung, daß der Fürst in wenigen Tagen ganz hergestellt sein werde. Im Reichskanzlerpalais, wo fortwährend aus allen Teilen der Erde Telegramme einlaufen, die Vertreter fremder Regierungen vorkommen und die große Zahl der Freunde des Hauses v. Bülow sich einschreibt, liegt folgender Bericht des behandelnden Arztes Professor Meyers aus: „Fürst Bülow befindet sich nach einer sehr gut verbrachten Nacht frisch und bei volstem Bewußtsein. Die ihn behandelnden Aerzte sind mit seinem Zustande durchaus zufrieden“. Die beunruhigenden Meldungen, die eine Berliner Korrespondenz über das Befinden Bülows verbreitet, sind durchaus unzutreffend, immerhin wird der Reichskanzler längere Zeit den Staatsgeschäften fernbleiben müssen.

(Deutsche und die russische Anleihe.) Die „Köln. Ztg.“ bespricht die Tatsache, daß im Reichstage unter dem Beifall des ganzen Hauses sich die Redner gegen die Auflegung weiterer russischer Anleihen in Deutschland ausgesprochen haben. So viel wir zu wissen glauben, heißt es weiter, wird den Parteien keine Gelegenheit geboten werden, sich über die Beteiligung Deutschlands an der neuen russischen Anleihe zu beschweren, da diese wohl sicherlich nicht an den deutschen Markt kommen wird. Es sei dies auch unerwünscht, man werde es daher Frankreich überlassen, dem russischen Reich Gelder zu liefern. — Das ist ein deutliches Abwinken Rußland gegenüber.

Weißensfeld. (Die Grubenbesitzer des mitteldeutschen Braunkohlengebietes) erklären gegenüber den erhobenen Vorwürfen, daß sie stets bereit gewesen seien zu Verhandlungen, sowohl vor dem Ausbruch als nachher. Die Werksbesitzer hätten alles getan, um den Frieden zu erhalten bezw. wieder herzustellen. — Bei der Ankunft Arbeitswilliger in Luckenau stärkten die Ausständigen auf das Gendarmeriekommando ein und suchten, wie das „Weißensfelder Tageblatt“ meldet, die Arbeitswilligen vom Arbeitsantritt abzuhalten. Als die Menge dem wiederholten Befehl, auseinanderzugehen, nicht Folge leistete, wurde sie von der Gendarmerie auseinandergeprengt. Die abgehaltenen Versammlungen der Ausständigen beschlossen, im Streik auszuharren.

Hagen. (Eugen Richters Erbe.) In der durch den Tod Eugen Richters notwendig gewordenen Nachwahl für den Landtagswahlkreis Hagen siegte der freisinnige Kandidat Dr. Hans Crüger gegen den nationalliberalen Dr. Moldenhauer.

Ausland.

Buenos Aires. (Zur Lösung der ungarischen Krise.) Der ehemalige Ministerpräsident Wekerle, derzeit Vorsitzender des Oberverwaltungsgerichtes, ist abermals zum ungarischen Minister-Präsidium berufen. Der Ausgleich ist perfekt.

Paris. (Der Ausstand der Bergarbeiter) ist, wie aus Vens gemeldet wird, auf allen Gruben vollständig durchgeführt, ausgenommen in den Gruben von Bruay, wo die Arbeit fortgesetzt wird.

London. (Ein englisch-russisches Einverständnis?) Der Daily Graphic bespricht die Tatsache, daß seit einiger Zeit viel von einer Annäherung Englands an Rußland gesprochen wird. Er gibt zu, daß es vorteilhaft sein würde, dem Mißtrauen zwischen den beiden Ländern ein Ende zu machen, warnt jedoch Sir Edward Grey vor Ueber-eilung, da man heute mit zwei Rußlands zu tun habe, nämlich mit der russischen Regierung und dem russischen Volke. Mit einem liberalen und konstitutionellen Rußland werde ein Einverständnis stets leicht sein, es sei aber notwendig, sich durchaus klar zu machen, daß Englands Sympathie dem russischen Volke gehöre.

Stadtverordneten-Sitzung.

Lichtenstein-C., den 7. April.

Besternabend 8 Uhr fand im kleinen Saale des Rathhauses eine öffentliche Stadtverordneten-Sitzung statt, die von 9 Mitgliedern des Kollegiums besucht war. Der Vorsteher, Herr Fabrikant Endesfelder, leitete diese und eröffnete sie mit der üblichen

Umfrage.

Herr Privatmann Uhlig bemängelte zunächst den Zustand in der Bleichgasse. Der Wunsch, hier Abhilfe durch Beschüttung mit Kies zu schaffen, wurde dem Bauausschuß zur Berücksichtigung überwiesen.

Herr Webermeister Münch brachte Klagen von hiesigen Arbeitern vor, denen bei Arbeiten in der Stadt auswärtige Arbeiter vorgezogen würden. Der Herr Vorsteher hat in dieser Angelegenheit mit dem